

Die Neue

Nr. 31, 3. 12. 2002, Seite 12

Die Suppe muss erst ausgelöffelt werden

ÖVP-Chef Wolfgang Schüssel hat die Wahl gewonnen, jetzt soll er "die Suppe, die er sich mit seiner Wirtschaftspolitik eingebrockt hat, auch alleine auslöffeln", meinte der Industrielle und ehemalige Finanzminister in der Ära Kreisky, Hannes Androsch. In der Tat ist das, was auf die nächste Regierung zukommt, alles andere als Honiglecken. Es ist vielmehr ein gar bitteres Süppchen, das sich über die Jahre hinweg in Österreich zusammengebraut hat: die Konjunktur kränkelt, der Kapitalmarkt darbt, die Arbeitslosigkeit steigt, dem Gesundheitssystem droht der Kollaps, die Zeitbombe Pensionen tickt hörbar. Gleichzeitig fordert die österreichische Wirtschaft Investitionsanreize und eine Senkung der Lohnnebenkosten, die Konsumenten erwarten sich eine Reduktion der Steuer- und Abgabenlast.

Schmerzhaftes Eingriffe werden auch in der nächsten Legislaturperiode nicht ausbleiben. Denn der Aufholprozess in Folge der Versäumnisse der letzten Jahre wird einiges kosten. Und selbst der begabteste Finanzminister wird sich in den kommenden Jahren vom Nulldefizit verabschieden müssen. Die Wirtschaftsexperten sind sich einig, dass die Konjunktur auch in näherer Zukunft nicht anspringen wird. Die kommende Regierung muss also Milliarden Euro in die Zukunft Österreichs investieren, um beim Wachstum im EU-Vergleich nicht länger an letzter Stelle zu stehen. Zum Konsolidierungsbedarf von 4,3 Milliarden Euro kommen die milliardenschweren Wahlversprechen, allein bei der ÖVP sind es annähernd fünf Milliarden Euro bis 2005. Vor diesem Hintergrund hat Bundeskanzler Wolfgang Schüssel bereits ein Stück der Reißleine gezogen und mitten im Lärm des Wahlkampfgetöses die auf 2004 vertagte Steuerreform rasch noch auf 2005 verschoben.

Pflichtenkatalog. Trotz dieses Zeitpolsters wird's für die ÖVP eng, wenn sie ihr Ziel, die Abgabenquote von derzeit knapp 46 bis 2010 auf 40 Prozent zu senken und das, bei gleichzeitig ausgeglichenem Haushalt, einhalten will. Selbst bei guter Konjunktur sei diese Aufgabe nur mit einem massiven Sparpaket zu bewältigen, meinen Experten. Dagegen drängt Rechnungshof-Präsident Franz Fiedler auf die zügige Weiterführung der Aufgaben- und Strukturreform. Doch über das "wie" herrscht derzeit bei den Parteien alles andere als Übereinstimmung. Gut möglich also, dass der künftige Finanzminister wieder zu alt bewährten Grasserschen Mitteln greifen muss, um die versprochene Steuerentlastung zu finanzieren: Erhöhung der Mineralölsteuer, der Stiftungssteuer oder der Grundsteuer. Auch bei den Pensionen, die zu den stärksten Kostenfaktoren zählen, könnte die Regierung weiter den Einsparungshebel ansetzen.

Pensionen. Im TV-Duell vor der Wahl hat sich Bundeskanzler Schüssel bereits für einen stufenweisen Anpassungsprozess bei den Pensionen inklusive Harmonisierung der verschiedenen Systeme ausgesprochen. Größere Abstriche beim staatlichen Rentensystem dürften derzeit allerdings bei allen anderen Parteien auf Widerstand stoßen. Doch der Aufwand für die Pensionen wird bis Ende der Dekade um rund 60 Prozent steigen, was heißt, dass der Finanzminister für die Bundeszuschüsse immer tiefer ins Säckel greifen muss. Der endgültige Krach kommt laut Sozialforscher **Bernd Marin** spätestens 2010. Der Experte lässt kein gutes Haar an der Pensionspolitik der letzten Jahre. Hauptkritikpunkte: keine Berücksichtigung der weiterhin rasch steigenden Lebenserwartung, die fehlende Lebens-Durchrechnungszeit sowie mangelnde Transparenz und eine ungenügende Alterssicherung für Frauen. Die kommende Regierung wird um eine Pensionsreform wohl nicht herumkommen, was im Klartext weitere Kürzungen der staatlichen Pensionen bedeutet.

Arbeitsmarkt. 213.500 Menschen und damit um 8,8 Prozent mehr als im Vorjahr suchten im Oktober Arbeit. Ein Rückgang der Arbeitslosigkeit zeichnet sich - im Gegensatz zum europäischen Trend - in Österreich nicht ab. Die Aufwendungen an Arbeitslosengeld steigen. Das Arbeitsmarktservice (AMS) rechnet mit Belastungen von 150 Millionen Euro, die durch den Budgetvoranschlag nicht gedeckt sind. Dem AMS fehlt das Geld für die dringend benötigte aktive Arbeitsmarktpolitik. Die letzten Rücklagen wurde für ein Sonderprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit aufgebraucht. Jetzt sind die Kassen leer.

Gesundheitssystem. Akuter Handlungsbedarf besteht bei den "Kranken Kassen". Wenn nicht bald etwas passiert, wird das Defizit aller ASVG-Kassen binnen zweier Jahre von derzeit 205 auf 604 Millionen Euro explodieren und die Krankenversicherungen sind demnächst zahlungsunfähig. Die von Sozialminister Herbert Haupt (FPÖ) verordnete Kassenreform brachte nur eine Umschichtung der Schuldenlast - von den defizitären zu den wenigen ausgeglichen bilanzierenden Kassen. Spätestens ab 2005 werden ohne Reform massive Zuschüsse aus dem Bundesbudget erforderlich sein. Mit Einzelkorrekturen wird die nächste Regierung jedenfalls nicht mehr auskommen. Das österreichische Gesundheitssystem schreitet nach tief greifenden Strukturreformen.

EU-Erweiterung. Die Großbaustelle Europa ist wohl das wichtigste Projekt, das die nächste Regierung angehen muss. Zur Unterzeichnung des Beitrittsvertrags im April 2003 benötigt der künftige Außenminister die Zustimmung des gesamten Ministerrats. Es sind also klare Positionen und Geschlossenheit gefragt. Eine große Hürde stellt auch der Transitvertrag dar, zumal die drei FPÖ-Kurzzeit-Verkehrsminister in dieser Frage wenig weiter gebracht haben. Eine Verlängerung des Ökopunktesystems scheiterte bisher am Widerstand im EU-Rat und im EU-Parlament. Weiters steht im kommenden Jahr die EU-Reform und eine neue europäische Verfassung auf dem Programm. Auch die heiklen Verhandlungen über die Agenda 2007, bei der es auch für Österreich um Milliarden in der Struktur- und Agrarpolitik geht, fallen in die nächste Legislaturperiode. Und schließlich steht 2004 die Wahl eines neuen EU-Kommissars an.

Abfangjäger. An einer endgültigen Entscheidung in Sachen Lufttraumüberwachung wird die nächste Regierung nicht herumkommen. Dabei ist die Ausgangssituation bekanntlich nicht einfach. Die ÖVP steht nach wie vor zum Ankauf der Eurofighter. SPÖ, Grüne und auch FPÖ sind dagegen und haben noch dazu die öffentliche Meinung auf ihrer Seite. Der Absturz eines Eurofighter-Prototyps vor einigen Wochen in Spanien erhöht die Skepsis gegenüber den sündteuren Kampffjets. So könnte es zwar sein, dass Schüssel diesem geballten Druck nicht standhält, auf einen Ersatz für die altersschwachen Draken wird er trotzdem bestehen. Die Lösung könnte in einem Kompromiss liegen: gebrauchte Gripen statt neue Jets.

Nach der Nationalratswahl könnte sich auch in der steirischen Landespolitik einiges verändern. Vor allem bei der ÖVP wollen die Gerüchte über eine Regierungsumbildung im Frühjahr nicht abreißen. Die Tendenzen der Landesräte Gerhard Hirschmann und Herbert Paierl, in die Wirtschaft zu wechseln, sind bekannt. Für Hirschmann könnte es bald so weit sein mit einem Vorstandsposten in der steirischen Energiewirtschaft, bei Estag oder Fernwärme. Auch Landesrat Erich Pörtl ist für höhere Weihen als Erster Landtagspräsident vorgesehen, wenn Reinhold Purr in Pension geht.

Nachfolger Hirschmanns im ÖVP-Regierungsteam könnte Reinhold Lopatka werden. Allerdings hat der "Mister 15 Prozent" als Wahlkampfleiter von Wolfgang Schüssel bei der Nationalratswahl mehrere Optionen offen. Er könnte nach Wien in den Nationalrat wechseln und in der Bundeshauptstadt eventuell das ÖVP-Generalsekretariat von Maria Rauch-Kallat übernehmen. Bei einer Möglichkeit, Landesrat zu werden,

weiterlesen >>

bliebe der Oststeirer allerdings lieber in seinem Heimatland, wird kolportiert.

Für den Posten eines Agrarlandesrats gibt es zwei Optionen. Der erst am 24. November mit einem Nationalratsmandat ausgestattete österreichische Bauernbund-Chef Fritz Grillitsch wäre eine Möglichkeit, weil die Position des Landwirtschaftsministers bei Wilhelm Molterer in fixen Händen ist. Ersatzmann wäre der Präsident der steirischen Landwirtschaftskammer, Gerhard Wlodkowski.

Selbst ein politischer Wechsel von Landeshauptmann Waltraud Klasnic steht weiter im Raum: eine Kandidatur bei den Bundespräsidenten-Wahlen im Jahr 2004. Eine Möglichkeit, die Klasnic nach wie vor nicht kommentiert, die aber auch sehr stark von der Zusammensetzung der Bundesregierung abhängen wird. Sollte bei einer schwarz-roten Koalition die SPÖ den Außenminister mit Wolfgang Petritsch stellen, wäre auch Benita Ferrero-Waldner eine mögliche ÖVP-Kandidatin.

Würde Klasnic, einen Wahlerfolg vorausgesetzt, wirklich Bundespräsidentin, hätte die ÖVP in der Steiermark allerdings ein Problem, ihre politische Zugnummer ersetzen zu müssen. Als erster Kandidat wird dafür Martin Bartenstein genannt. Allerdings hätte in der steirischen ÖVP kaum jemand wirklich Freude damit, in die Landtagswahl 2005 mit Bartenstein statt Klasnic als Spitzenkandidat ziehen zu müssen.

In der FPÖ haben die Nationalratswahlen in der Steiermark ebenfalls Konsequenzen. Nicht nur die Androhung eines mittlerweile wieder zurückgezogenen Ausschlussverfahrens gegen Franz Lafer, der als Klubobmann von Waltraud Dietrich abgelöst wurde, sondern möglicherweise auch einen "Damentausch". Die beiden einstigen Erzrivalinnen um die Spitzenposition im Landtagswahlkampf 2000, Magda Bleckmann und Theresia Zierler könnten ihre Parlamentssitze tauschen. Wenn Bleckmann in den Nationalrat geht, übernimmt Zierler ihren Landtags-Sitz.

Obwohl die FPÖ nur zwei Mandate in der Steiermark erreicht, gäbe es mit Bleckmann dennoch ein neues steirisches Gesicht im österreichischen Parlament. In der SPÖ sind fünf der zehn Mandatare neu: Erwin Spindelberger, Anita Fleckl, Elisabeth Grossmann, Heidrun Walther und Hans Moser. Bei der ÖVP ziehen Fritz Grillitsch, Hannes Missethon, Michael Prassl und mit dem 21 Jahre alten Jochen Pack der jüngste steirische Abgeordnete aller Zeiten neu ins Parlament ein. Heimkehrer wird Johannes Zwegg sein, wenn Martin Bartenstein wieder ein Regierungsamt übernimmt. Zittern um sein Mandat musste bis zur Auszählung der Wahlkartenstimmen Vincenz Liechtenstein. Nicht Erfolglosigkeit der ÖVP traf den Bundesrat, sondern paradoxerweise deren großer Zuwachs. Bei den Grünen bleibt mit Werner Kogler als steirischem Beitrag für den Parlamentsklub alles beim Alten.

Star bei den Vorzugsstimmen war kein Neuling sondern ein "alter Fuchs" als Abgeordneter. Der Leobner SPÖ-Spitzenkandidat Karl Dobnigg überflügelte mit rund 7600 Vorzugsstimmen sogar den gesamtsteirischen Spitzenkandidaten der so erfolgreichen ÖVP, Martin Bartenstein, der es auf 5600 Vorzugsstimmen brachte.